



An den Grossen Rat

22.5146.02

FD/P225146

Basel, 13. April 2022

Regierungsratsbeschluss vom 12. April 2022

Interpellation Nr. 30 Raoul I. Furlano betreffend Ausbau des Basler Kompetenzzentrums «Neue Ansätze zur Bekämpfung Antibiotika-resistenter Bakterien» (NCCR AntiResist)

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 16. März 2022)

“Es ist seit längerer Zeit bekannt, dass herkömmliche Antibiotika zunehmend ihre Wirkung verlieren. Man spricht von Antibiotika-Resistenzen. Die Wissenschaft ist gefordert, Lösungen für dieses gravierende Problem zu finden. Weltweit sterben jährlich weit mehr als eine Million Menschen an Infektionen, gegen welche Antibiotika nicht die gewohnte Wirkung erzielen können. In Fachkreisen spricht man auch von einer «stillen Pandemie».

Die Wissenschaft ist intensiv daran, nach Lösungen für dieses Problem zu suchen. Dank hervorragender Forscherinnen und Forscher hat das Biozentrum der Universität Basel den Lead des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Neue Ansätze zur Bekämpfung Antibiotika-resistenter Bakterien» (NCCR AntiResist) erhalten.

Am 7. und 8. April 2022 findet in Basel die «6th AMR Conference» statt. Expertinnen und Experten von Forschungsinstitutionen und aus der forschenden Industrie werden teilnehmen. Auch für die Pharma-Industrie ist dieser Forschungsschwerpunkt und der Kongress von Bedeutung. In der Region sind grössere und kleinere Firmen sowie auch einige Start-Ups mit diesem Thema beschäftigt.

Im Eidgenössischen Parlament gab es mehrere Vorstösse aus verschiedenen Parteien, die ein stärkeres Engagement des Bundes in diesem Bereich fordern. Obwohl der Bund Anstrengungen unternommen hat, ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Im Rahmen der vorgegebenen Mindeststeuer für bestimmte Unternehmen werden auch die Pharmafirmen in Basel-Stadt höhere Steuerzahlungen leisten müssen, der Kanton wird massive Mehreinnahmen verzeichnen. Der Regierungsrat hat angekündigt, Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung der Forschung zu prüfen, welche auch im Interesse der lokalen Pharma-Firmen sind. Die finanzielle Unterstützung des Forschungsbereich «Antibiotika-Resistenzen» würde sich für diese Abfederung der Steuererhöhung gut eignen. Die Basis ist gelegt, die Medizinische Fakultät der Universität, Novartis, Roche, Basilea, BioVersys und andere Firmen – auch Start-Ups - könnten Beiträge leisten, um Basel auch international noch stärker zu positionieren. Zu denken ist dabei auch an den volkswirtschaftlichen Nutzen für die Region, wenn es gelingt, bahnbrechende Erfolge zu erzielen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat die Kompetenz, welche im Kanton zur Bekämpfung der Antibiotika-Resistenzen vorhanden ist, als Chance für den Standort?
2. Ist der Regierungsrat bereit, Möglichkeiten zur Stärkung dieses Forschungsbereichs zusammen mit der von der Steuererhöhung betroffenen und anderen Pharma-Firmen, Start-Ups und der Hochschulforschung zu suchen?

3. Kann sich der Regierungsrat auch vorstellen, unabhängig von möglichen Kompensationsmassnahmen für höhere Steuerzahlungen diesem wichtigen Forschungsbereich mehr finanzielle Mittel ausserhalb des üblichen Universitäts-Budgets zukommen zu lassen, um einen neuen Cluster in Basel zu errichten?

Raoul I. Furlano"

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

1.1 Forschung in Basel

Antibiotika-resistente Keime sind eines der dringlichsten Probleme, das die Gesundheitssysteme weltweit bedroht. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzte 2014, dass global ca. 700'000 Todesfälle auf die Folgen von Antibiotikaresistenzen zurückzuführen sind, Tendenz steigend.

Basel ist ein führender Standort für die betreffende Forschung. Es existiert ein starkes und fruchtbares Umfeld mit Beteiligten aus Forschung, Hochschulen, Spitälern und Industrie. In Basel ist der Nationale Forschungsschwerpunkt (NCCR) «AntiResist» angesiedelt. Ziel dieses interdisziplinären, vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) mit 17 Mio. Franken finanzierten Projektes ist die patientenzentrierte Suche nach neuen Antibiotika als alternative Strategie zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Die Universität Basel setzt in der ersten Vierjahresperiode Eigenmittel von über 11 Mio. ein und wird beim SNF zwei weitere, vierjährige Laufzeiten beantragen.

Dass dieser Nationale Forschungsschwerpunkt in Basel angesiedelt ist, ist kein Zufall: Unter der Leitung am Biozentrum können die Forschungsgruppen aus der Biomedizin der Universität, aus dem Universitätsspital und aus dem Department of Biosystems Science and Engineering (D-BSSE) der ETH Zürich in Basel gemeinsam auf engstem Raum im Schällemätteli zusammenarbeiten. Das Projekt verzahnt Grundlagenforschung direkt mit der klinischen Forschung in den Spitälern. Industriepartner sind Roche, Polyphor und BioVersys. Vor wenigen Wochen hat ausserdem der AMR Action Fund seine neue Europa-Niederlassung in Basel bezogen. Der Risikokapitalfonds ist die grösste öffentlich-private Partnerschaft zur Entwicklung neuer Antibiotika. Damit verzeichnet Basel als Zentrum im Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen gewichtigen Zuwachs. Roche und Novartis gehören zu den Investoren des Fonds.

1.2 OECD-Mindeststeuer

Die OECD arbeitet an einer internationalen Steuerreform («Digitale Wirtschaft»). Säule 1 der Reform sieht eine Verschiebung von Besteuerungsrechten in Marktstaaten vor. Ungefähr 100 der grössten und profitabelsten Unternehmen weltweit müssten einen Teil ihres Gewinns im Marktgebiet versteuern. Dies könnte in der Schweiz und in Basel-Stadt wenige, sehr grosse Unternehmen betreffen. Säule 2 der Reform sieht eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent vor für international tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro. In Basel-Stadt sind geschätzt rund 50 Unternehmen betroffen. Die betroffenen Unternehmen in Basel-Stadt bezahlen bei Bund und Kanton total je rund 500 Mio. Franken an Steuern und bieten in Basel-Stadt etwa 30'000 Vollzeitstellen. Säule 2 der Reform wird ab 2023 schrittweise international in Kraft treten, bei Säule 1 ist das Inkrafttreten noch unsicher.

Derzeit läuft die Vernehmlassung des Bundes zur Umsetzung der Säule 2 (Mindeststeuer von 15 Prozent) in der Schweiz. Die finanziellen Auswirkungen der Reform sind unsicher, zumal der Kanton bei Umsetzung von Säule 1 auch mit Mindereinnahmen rechnen muss. Der vorgegebene Steuersatz von 15 Prozent ist nicht mit dem schweizerischen System vergleichbar. Die OECD definiert eine eigene, komplexe Bemessungsgrundlage, die in allen Staaten gleichermassen gelten soll.

Die Besteuerung ist ein wichtiges Element neben den weiteren Standortfaktoren wie Infrastruktur, Verfügbarkeit von Arbeitskräften, Bildung, Erreichbarkeit und dem in der Forschung bestehenden Cluster. Der bisherige Standortvorteil der Schweiz bei den Steuern wird mit der OECD-Mindeststeuer geschwächt. Es ist davon auszugehen, dass andere Elemente im Standortwettbewerb an Bedeutung gewinnen.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Erachtet der Regierungsrat die Kompetenz, welche im Kanton zur Bekämpfung der Antibiotika-Resistenzen vorhanden ist, als Chance für den Standort?*

Ja, der Regierungsrat erachtet die weltweit einzigartige, hier gebündelte Kompetenz als grosse Chance für den Standort.

2. *Ist der Regierungsrat bereit, Möglichkeiten zur Stärkung dieses Forschungsbereichs zusammen mit der von der Steuererhöhung betroffenen und anderen Pharma-Firmen, Start-Ups und der Hochschulforschung zu suchen?*
3. *Kann sich der Regierungsrat auch vorstellen, unabhängig von möglichen Kompensationsmassnahmen für höhere Steuerzahlungen diesem wichtigen Forschungsbereich mehr finanzielle Mittel ausserhalb des üblichen Universitäts-Budgets zukommen zu lassen, um einen neuen Cluster in Basel zu errichten?*

Der Regierungsrat ist sich einerseits bewusst, dass die OECD-Mindeststeuer den Standortwettbewerb bezüglich anderer Faktoren verstärken wird. Andererseits sind die Stärken der Region in der Forschung und Entwicklung und die Präsenz von Akteuren aus allen Bereichen eine Chance für die Zukunft. Der Regierungsrat ist offen für das Stärken von Forschung und Innovation. Eine allfällige Förderung soll volkswirtschaftlich und wissenschaftlich breit abgestützt sein und die Gleichbehandlung aller Akteure sicherstellen. Sie muss zudem finanzierbar sein und die internationalen Standards betreffend Besteuerung und Beihilfen einhalten. Auf kantonaler Ebene hat der Regierungsrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, welche derzeit die nötigen Grundlagen erarbeitet. Folgende Stossrichtungen werden näher geprüft:

- die Verstärkung der Innovationskraft des Standorts durch die Förderung der Zusammenarbeit in der Forschung zwischen Hochschulen, Spitälern und Industrie (bereits bestehendes Beispiel: Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel IOB);
- Unterstützung von Forschungsprojekten mit hohem Innovationspotential, die von grossem gesellschaftlichem Nutzen sind und den Wissensstandort fördern (Beispiele: Forschung in den Bereichen Impfstoffe, antibiotikaresistente Keime, seltene Krankheiten);
- Erhöhung der Attraktivität des Standorts für Start Ups und für Unternehmen mit grossen Wachstumspotenzial.
- Weitere Instrumente, die sich im Ausland als volkswirtschaftlich sinnvoll und wirksam erwiesen haben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin